



30. Juni 2020, Rede Jahresversammlung TRAS
Regierungsrat Dr. Lukas Engelberger, Vorsteher des Gesundheitsdepartements Basel-Stadt

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Präsident Prof. Dr. em. Jürg Stöcklin,
Sehr geehrte Mitglieder des Trinationalen Atomschutzverbandes aus Frankreich, Deutschland
und der Schweiz,
Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer,
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Gerda Stuchlik,
Sehr geehrte Frau alt Umweltministerin Dr. Corinne Lepage,
Sehr geehrter Herr Umweltminister a. D. Jürgen Trittin,
Werte Gäste, sehr geehrte Damen und Herren

Ich freue mich sehr, heute hier in Freiburg im Breisgau an der Jahresversammlung des Trinationalen Atomschutzverbandes (TRAS) zu sein und Ihnen im Namen der Regierung des Kantons Basel-Stadt unsere Glückwünsche anlässlich der Schliessung des Atomkraftwerks Fessenheim zu überbringen. Es freut mich aus mehreren Gründen, hier zu sein: Erstens, weil es aufgrund der Corona-Krise der vergangenen Monate alles andere als selbstverständlich ist, dass wir diesen Meilenstein im Ausstieg aus der Atomenergie heute hier überhaupt miteinander feiern können. Dass sich die Situation im Zusammenhang mit dem Coronavirus aktuell soweit entspannt hat, dass dies möglich ist, ist für mich als Gesundheitsdirektor äusserst erfreulich. Zweitens freue ich mich natürlich über die Schliessung des AKW Fessenheim – den eigentlichen Grund, weswegen wir heute hier versammelt sind. Und – last, but not least – freue ich mich drittens, weil die Schliessung des AKW Fessenheim auch ein Erfolg der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in unserer Grenzregion ist, der meines Erachtens genauso bedeutend ist wie die Schliessung als solche.

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat sich in der Vergangenheit bei den französischen Behörden immer wieder unmissverständlich für die Stilllegung des AKW Fessenheim eingesetzt. Bereits nach der Katastrophe in Fukushima in Japan 2011 hatte der Regierungsrat die Stilllegung gefordert. Aufgrund der zahlreichen Störfälle und Sicherheitsmängel in den vergangenen Jahren stellte das AKW unseres Erachtens für die Bevölkerung von Basel-Stadt und dem Dreiland ein Sicherheitsrisiko und eine mögliche Gefährdung der Gesundheit dar – weshalb diese für eine Kantonsregierung nicht alltägliche Intervention bei einem Nachbarstaat für uns ausser Frage stand. Als Gesundheitsdirektor des Kantons Basel-Stadt ist es mir deshalb ein Anliegen, dem TRAS und allen weiteren Personen und Institutionen zu danken, die die Mängel und Probleme des AKW Fessenheim durch Beharrlichkeit, Zivilcourage und wissenschaftliche Recherchen im Dienste der Bevölkerung von Basel-Stadt und dem Dreiland an die Öffentlichkeit und in die politischen Gremien getragen haben. Herzlichen Dank Ihnen allen für Ihr wichtiges Engagement!

Die Abschaltung des AKW Fessenheim ist ein wichtiger Schritt im Ausstieg aus der Atomenergie. Es ist dies aber noch nicht das Ende. Die Brennstäbe werden noch bis 2023 in den Abklingbecken auf dem Gelände verbleiben. In dieser Zeit kann es zu einer Freisetzung von Radioaktivität kommen. Die Autorité de Sûreté Nucléaire (ASN) hat den Detaillierungsgrad des Stilllegungs-

plans – plan de démantèlement – zudem als unzureichend kritisiert (Dezember 2019). Das Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt wird deshalb den Rückbau des AKW Fessenheim sehr genau beobachten, mögliche Risiken analysieren und seine Anliegen in der Commission locale d'information et de surveillance (Clis) de Fessenheim weiterhin einbringen.

Meine Damen und Herren

Ich will mich jedoch nicht nur zu Atomkraftwerken in anderen Ländern äussern, sondern bin auch gefordert, in meinem eigenen Land genauer hinzuschauen. Das älteste sich noch in Betrieb befindliche AKW der Welt steht nämlich in der Schweiz, genau gesagt nur 50 Kilometer von Basel entfernt. Neben dem Rückbau des AKW Fessenheim wird deshalb dieses AKW Beznau im Kanton Aargau in der Schweiz verstärkt in den Fokus unserer Bemühungen rücken. Ich kann Ihnen versichern, dass der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt den Betrieb des AKW Beznau ebenso kritisch begleitet, wie er dies bei Fessenheim tut – sehr gerne weiterhin in Zusammenarbeit mit dem TRAS. Im Zusammenhang mit der Revision der Strahlenschutzverordnung des Bundes haben wir dies bereits getan. Das Ziel muss sein, auch das AKW Beznau baldmöglichst vom Netz zu nehmen, denn auch dieses AKW weist erhebliche Mängel auf: So können wichtige Sicherheitsstrategien aufgrund von Platzmangel nicht umgesetzt werden. Der Reaktordruckbehälter ist aufgrund des langen Betriebes des AKW geschwächt. Und beim Nachweis der Erdbebensicherheit 2012 wurden aus unserer Sicht zu hohe Dosisgrenzwerte verwendet. Aktuell befasst sich das schweizerische Bundesgericht mit dem Nachweis der Erdbebensicherheit. Der Kanton Basel-Stadt unterstützt die involvierten Umweltverbände, insbesondere TRAS, sowie das Rechtsverfahren finanziell und mit fachlicher Expertise. Unsere Anliegen bringen wir zudem im Rahmen des Technischen Forums Kernkraftwerke (TFK) ein, welches vom Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) organisiert und geleitet wird.

Bei seinem Engagement gegen die Atomenergie agiert der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt nicht im luftleeren Raum: Der Energie-Artikel in der Verfassung des Kantons Basel-Stadt verpflichtet den Regierungsrat sogar explizit, sich „gegen die Nutzung von Kernenergie“ zu wenden und „keine Beteiligungen an Kernkraftwerken“ zu halten (Artikel 31, Absatz 3). Wir werden uns deshalb weiterhin dafür einsetzen, dass der vom schweizerischen Bundesrat beschlossene schrittweise Ausstieg aus der Atomenergie weiter vorangeht. Gemäss dem Energie-Artikel hat der Kanton Basel-Stadt parallel dafür zu sorgen, dass umweltfreundliche und weniger gefährliche Energiequellen gefördert und ausgebaut werden (Artikel 31, Absatz 1 und 2). Auch dafür werden wir uns weiterhin einsetzen. Basel-Stadt hat bereits seit 1983 ein kantonales Energiegesetz, das seither zweimal revidiert worden ist. Heute liegt der Fokus der Förderung auf dem Ersatz von Öl- und Gasheizungen durch Heizsysteme mit erneuerbarer Energie (Fernwärme, Wärmepumpe, Holzschneitzelheizung). Und das zeigt Wirkung: Die erneuerbare Wärmeleistung nimmt zu. Der Verfassungs-Artikel, das Energiegesetz und ganz generell die Verantwortung für die Gesundheit der Bevölkerung verlangen von uns eine konsequente Haltung in der Energiepolitik. Diese werden wir weiterhin einnehmen.

Meine Damen und Herren

Ich komme nun zu einem weiteren Punkt: Fessenheim steht nämlich nicht nur für die Atomenergie und den Widerstand dagegen, sondern vor allem auch für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in unserer Grenzregion. Die Schliessung des AKW ist, wie ich einleitend bereits erwähnt habe, auch ein Erfolg der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Trinationalen Agglomeration Basel (TAB). Mehr noch: Der TRAS und der Widerstand gegen das AKW Fessenheim sind ein Paradebeispiel dafür, wie eng Bevölkerung, Wirtschaft und Behörden in der Trinationalen Agglomeration Basel, ein Lebensraum mit fast einer Million Menschen aus drei Ländern, miteinander verbunden sind und wie tief die Beziehungen im Dreiland sind. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist heute allgemein akzeptiert. Das Beispiel Fessenheim zeigt zudem

exemplarisch auf, was man als Grenzregion auch gegen vermeintlich übermächtige Gegner herausholen kann, wenn man zusammenhält und an einem Strick zieht.

Die aktuelle Corona-Krise hat darüber hinaus gezeigt, dass offene Grenzen und die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union (EU) im Dreiland wichtig sind und allgemein geschätzt werden. Die zu Beginn der Pandemie von den Staaten angeordnete Schliessung der Grenzen stiess hier auf zunehmenden Widerstand. Auch der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat sich schon früh beim schweizerischen Bundesrat für durchlässigere Grenzen im Nachbarschaftsverkehr ausgesprochen. Zu einem gesunden sozialen Gefüge gehören unseres Erachtens auch Begegnungen mit der unmittelbaren Nachbarschaft. Vor dem genannten Hintergrund ist es ein schöner Zufall, dass der Grenzübergang „le pont de la Hardt“ zwischen Fessenheim und Hartheim am Rhein am 20. Mai als einer der ersten Grenzübergänge zwischen Frankreich und Deutschland wieder geöffnet werden konnte.

Meine Damen und Herren

Es würde mich sehr freuen, wenn Fessenheim in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Trinationalen Agglomeration Basel beispielhaft sein kann für weitere Bereiche – allen voran das Gesundheitswesen. Denn Krankheiten und Seuchen wie das Coronavirus machen nicht vor Grenzen halt! Dies haben wir in den vergangenen Monaten gerade in unserer Grenzregion schmerzlich am eigenen Leib erfahren. Die Corona-Krise hat uns allen die Verletzbarkeit unserer Gesundheitssysteme aufgezeigt. Es ist deshalb konsequent, richtig und zielführend, dass wir in Gesundheitsfragen nicht nur national, sondern auch regional, das heisst in unserer Region international, denken, planen und handeln.

In der Corona-Krise haben wir hier einen grossen Schritt vorwärtsgemacht, auf dem wir aufbauen können. Die guten nachbarschaftlichen Beziehungen haben es ermöglicht, dass die drei Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura im März unbürokratisch entschieden haben, schwerst- kranke Covid-19-Patienten aus dem Elsass im Sinne humanitärer Tradition und freundnachbarschaftlicher Nothilfe aufzunehmen. Das Département Haut-Rhin hatte um Unterstützung gebeten, da die Spitalkapazitäten insbesondere für beatmungspflichtige Patienten im Nachbarland ausgeschöpft waren. Als Gesundheitsdirektor des Kantons Basel-Stadt ist es mir ein grosses Anliegen, diese Zusammenarbeit zu vertiefen und abzusichern.

Meine Damen und Herren

Die seit jeher hohe Anzahl von Grenzgängerinnen und Grenzgängern aus dem Elsass und aus dem Badischen in der Schweiz zeigt, dass wir eine grenzüberschreitende Region sind. Zur Deckung ihres Personalbedarfs ist die Schweiz auch auf solche qualifizierten ausländischen Fachkräfte angewiesen. Dies gilt insbesondere im Gesundheitswesen. Das Schweizerische Gesundheitsobservatorium Obsan kommt in einem Bericht zum «Pflegepersonal in der Schweiz» (2016) zum Schluss, dass das schweizerische Gesundheitswesen «stark abhängig von der Auslandsrekutierung» ist. Eindrückliche Zahlen habe ich in diesem Zusammenhang aus dem Universitätsspital Basel erhalten: Von 2150 Pflegenden hatte knapp die Hälfte keinen Schweizer Pass und ein Viertel waren Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Sie sehen also: Das Gesundheitswesen in Basel-Stadt ist auf die Grenzgängerinnen und Grenzgänger angewiesen, und wir brauchen die Personenfreizügigkeit mit der EU. Für diese Offenheit will der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt deshalb auch in Zukunft einstehen. Sie wird in der Schweiz ja schon bald wieder an der Urne getestet werden. Regierung und Stimmberechtigte des Kantons Basel-Stadt haben stets die eminente Bedeutung der Personenfreizügigkeit und der internationalen Vernetzung betont und bestätigt. Dafür stehen wir auch bei der Volksabstimmung am 27. September 2020 über die Begrenzungs-Initiative wieder ein, wenn es um die Verteidigung unserer engen Beziehungen mit der EU und ihren Mitgliedstaaten geht. Die Begrenzungs-Initiative würde faktisch das Ende der

Personenfreizügigkeit bedeuten, welche für den Standort Basel und das Dreiland wie in meiner Rede ausgeführt von grösster Bedeutung ist. Dies gilt es zu verhindern.

Meine Damen und Herren

Lassen Sie uns die Schliessung des AKW Fessenheim auch als Anfang einer viel grösseren grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im regionalen Gesundheitswesen feiern. Paris, Berlin und auch Bern liegen oft viel weiter weg als Strasbourg, Freiburg oder Basel. Und wir sind schliesslich Nachbarn!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Regierungsrat Dr. Lukas Engelberger
Vorsteher Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt
Präsident der Schweizerischen Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK)